



Pressemitteilung

Luxemburg, den 31. Januar 2018

Prüfer untersuchen EU-Strategie zur Bekämpfung der Wüstenbildung

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) führt derzeit eine Prüfung des EU-Strategierahmens zur Bekämpfung der Wüstenbildung durch, d. h. vorher fruchtbares Land wird zunehmend trocken und unproduktiv. Bei der Prüfung wird untersucht, ob der Gefahr der Wüstenbildung in der EU wirksam und effizient entgegengewirkt wird.

Unter Wüstenbildung ist laut der Definition im Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung eine *"Bodendegradation in ariden, semiariden und trockenen subhumiden Gebieten als Folge von Klimaschwankungen und menschlichem Einwirken"* zu verstehen. Wüstenbildung ist zugleich das Ergebnis des Klimawandels, aber auch eine seiner Ursachen. Wüstenbildung kann auch durch nicht nachhaltige Landwirtschaftsmethoden verursacht sein. Sie verstärkt den Klimawandel insofern, als die betroffenen Böden ihre Kapazität verlieren, Kohlenstoff zu speichern, so dass geringere Mengen von Treibhausgasen absorbiert werden können.

"Mögliche Folgen der Wüstenbildung sind eine zurückgehende Nahrungsmittelproduktion, Bodenunfruchtbarkeit sowie eine geringere natürliche Widerstandsfähigkeit und CO₂-Speicherkapazität der Böden", erläuterte **Phil Wynn Owen, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs**. *"Dies wiederum kann Armut, schwere gesundheitliche Probleme durch den vom Wind herbeigetragenen Staub und einen Rückgang der biologischen Vielfalt verursachen. Wüstenbildung kann zu einem Verlust der Lebensgrundlagen führen, was die Auswanderung der betroffenen Bevölkerung zur Folge haben kann."*

Durch Bodenerosion wird in Verbindung mit Wasserknappheit und höheren Temperaturen, die die Verdunstung verstärken, die Gefahr der Wüstenbildung erhöht. Besonders ernst ist die Lage in großen Teilen von Spanien, Südportugal, Süditalien, Südostgriechenland, Zypern und den Gebieten Bulgariens und Rumäniens, die an das Schwarze Meer angrenzen. Studien zufolge sind bis zu 44 % von Spanien, 33 % von Portugal und knapp 20 % von Griechenland und Italien in hohem Maße von Bodenerosion bedroht. In Zypern befindet sich laut dem nationalen Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Wüstenbildung 57 % des Staatsgebiets in einer kritischen Lage im Hinblick auf die Gefahr der Wüstenbildung.

Die EU-Mittel für Projekte zur Bekämpfung der Wüstenbildung stammen aus den verschiedensten Quellen wie dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des

ECA Press

Mark Rogerson – Sprecher

T: (+352) 4398 47063

M: (+352) 691 55 30 63

Damijan Fišer – Pressereferent

T: (+352) 4398 45410

M: (+352) 621 55 22 24

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

ländlichen Raums, dem LIFE-Programm und den EU-Forschungsprogrammen.

Dreizehn EU-Mitgliedstaaten haben sich bislang im Rahmen der UNCCD als von der Wüstenbildung betroffen gemeldet. Die Prüfer werden fünf dieser Mitgliedstaaten besuchen: Rumänien, Zypern, Italien, Spanien und Portugal.

Der Prüfungsbericht wird voraussichtlich Ende 2018 veröffentlicht. Außerdem ist geplant, die Ergebnisse einer damit in Zusammenhang stehenden Prüfung zum Hochwasserrisikomanagement in der EU später im Jahr zu veröffentlichen.

Hinweise für den Herausgeber

Bei den 13 Mitgliedstaaten, die sich bislang im Rahmen der UNCCD als von der Wüstenbildung betroffen gemeldet haben, handelt es sich um: Bulgarien, Kroatien, Zypern, Griechenland, Ungarn, Italien, Lettland, Malta, Portugal, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und Spanien.